

Gemeinden stocken ihr Vermögen auf

MAGDEBURG/DPA. Das Finanzvermögen der Kommunen in Sachsen-Anhalt ist 2024 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen – auf 10,5 Milliarden Euro. Laut Statistischem Landesamt entspricht das einem Zuwachs von 700 Millionen Euro (6,9 Prozent). Der Zuwachs ergibt sich vor allem aus höheren Anteilsrechten sowie steigenden Bargeld- und Einlagenbeständen. Den größten Anteil machten mit 7,4 Milliarden Euro Anteilsrechte aus (70,6 Prozent). Bargeld und Einlagen beliefen sich auf 1,5 Milliarden Euro – dreimal so viel wie noch 2014.

Vom Gesamtvermögen entfielen 8,8 Milliarden Euro auf den nichtöffentlichen Bereich und 1,7 Milliarden Euro auf den öffentlichen Bereich. Rund 72 Prozent lagen in den Kernhaushalten – das sind die eigentlichen Etats von Gemeinden, Städten, Landkreisen und Verbandsgemeinden. Knapp 28 Prozent entfielen auf Extrahaushalte, also rechtlich selbstständige Einrichtungen und Unternehmen wie kommunale Eigenbetriebe oder Zweckverbände.

Pro Kopf erhöhte sich das Finanzvermögen der Kernhaushalte der Gemeinden und Verbände nach Angaben der Statistiker um rund 268 Euro auf 3.555 Euro.

In Kürze

Nach Bluttat kursiert Video im Netz

MAGDEBURG/IL. Im Fall der am Sonntag in Magdeburg auf offener Straße mit mehreren Messerstichen von ihrem Ex-Partner getöteten 59-jährigen Frau aus Syrien macht ein verstörendes Video vom Tatort die Runde in Messengerdiensten. Der nur wenige Sekunden lange Clip zeigt eine reglos liegende Frau. Neben ihr, mit dem Kopf auf ihrem Brustkorb, liegt ein Mann, in der Hand hält er ein langes Messer. Auf dem T-Shirt und auf dem Gehweg ist Blut zu sehen. Gefilmt wurde die Szene offenbar von einem arabisch sprechenden Mann kurz nach der Tat. Die Polizei werte das Video im Rahmen der Ermittlungen aus, so eine Sprecherin.

Razzia in rechter Szene in Gardelegen

GARDELEGEN/DPA/VS. Die Polizei hat gestern in Gardelegen drei Objekte im Umfeld der rechten Szene durchsucht. Wie die Polizei mitteilte, sei die Razzia Teil eines größeren Ermittlungskomplexes, der vor allem mit Veröffentlichungen in sozialen Netzwerken zusammenhänge. Dabei gehe es um den Verdacht der Volksverhetzung, um das Verwenden verfassungsfeindlicher Kennzeichen sowie um Verstöße gegen das Vereinsgesetz. Die Polizei beschlagnahme Speichermedien, Kleidungsstücke, Drogen und einen Gegenstand, der „unter das Waffengesetz fällt“.

Weitere verhexte Äpfel im Harz

WERNIGERODE/DPA. Fußgänger müssen sich in Wernigerode vor „verhexten“ Äpfeln in Acht nehmen. Die Fußgängerampeln an der Westerntorkreuzung zeigten bei Rot einen Teufel und bei Grün eine Hexe, teilte die Stadt mit. Eine weitere sagenhafte Ampel ist bereits seit Mitte 2023 in der Bahnhofstraße zu finden. Diese sei ein echter Hingucker und beliebtes Fotomotiv. Der Einbau der neuen Ampelmasten sei bei einer fälligen Wartung vorgenommen worden.

„Medienklasse“ startet erneut

Das multimediale medienpädagogische Projekt für alle Schulen in Sachsen-Anhalt vermittelt Kindern und Jugendlichen wichtige Schlüsselkompetenzen. Bildungsminister ist Schirmherr.

VON ARIANE KELLER

MAGDEBURG/MZ/VS. Für mehr als 200.000 Kinder und Jugendliche hieß es am 11. August: Ranzen packen, die Schule geht los. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres startet nun auch das medienpädagogische Gemeinschaftsprojekt „Medienklasse“ von Volksstimme und Mitteldeutscher Zeitung in eine neue Runde.

„Es ist unser Ziel, bei Kindern und Jugendlichen die Medienkompetenz zu stärken und die Freude am Lesen zu wecken“, erklärt die Projektverantwortliche Bernadette Jäger. In Zeiten schneller Online-Meldungen, Künstlicher Intelligenz und Fake News eine unverzichtbare Fähigkeit für junge Menschen, findet Jäger.

Im Netz den Überblick haben

Denn Nachrichten lesen die Heranwachsenden längst nicht mehr (nur) in der Zeitung. Vor allem in sozialen Netzwerken wie TikTok und Instagram ist die Flut von Informationen nahezu unbegrenzt. Dabei den Überblick zu behalten, was wahr und was falsch ist, ist eine Herausforderung – selbst für Erwachsene.

„Kinder brauchen das richtige Handwerkszeug, um zu erkennen, welche Nachrichtenquelle glaubwürdig ist, und dass es eben nicht ausreicht, nur eine reißerische Überschrift zu lesen, ohne die Hintergründe zu kennen. Hier kommen wir ins Spiel“, erklärt die Projektleiterin.

Dem schloss sich bei der Auftaktveranstaltung am Mittwoch im Magdeburger MWG-Forum auch Bildungsstaatssekretär Jürgen Böhm an: „Medienbildung ist der wichtigste Schritt zur Demokratiebildung“, sagte der ehemalige Real-schullehrer. „Handyverbote bringen uns nicht weiter. Wichtiger ist, dass die Kinder damit umgehen lernen.“

Auch Sachsen-Anhalts neuer Bildungsminister und „Medienklasse“-Schirmherr Jan Riedel betonte in seinem Grußwort die Bedeutung von Medienkompetenz: „Junge Menschen müssen lernen, Inhalte kritisch zu hinterfragen, seriöse von unseriösen Quellen zu unterscheiden und sich im digitalen Raum sicher zu bewegen.“

Diese Medienkompetenz sei eine der Schlüsselqualifikationen unserer Zeit. „Darüber hinaus“, ist sich Riedel sicher, „stärkt das Projekt die sozialen Fähigkeiten der Teilnehmenden.“ Medienarbeit mache die Schule lebendig und verbinde theoretisches Wissen mit ganz konkreten Erfahrungen, sagt Riedel, der bis zu seiner Ernennung zum Bildungsminister im Juni als Schulleiter des Lyonel-Feininger-Gymnasiums in Halle noch selbst vor der Klasse stand.



Stephanie Oesterhoff („Tierisch geborgen e. V.“), René Thomé (fjp>media), Dorothee Bodewein und Ulrich Grimm (Landtag Sachsen-Anhalt) und Marc Rath (Chefredakteur) mit Gewinnerin Johanna Wilke (Mitte)

FOTO: VIKTORIA KÜHNE

Seine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen sahen das ganz ähnlich. Rund 50 Lehrkräfte waren am Mittwoch zur Auftaktveranstaltung dabei – einige kannten das für Schulen komplett kostenfreie „Medienklasse“-Projekt aus den vergangenen Schuljahren, manche haben es in ihren Klassen noch nicht durchgeführt. Heike Stierner, Schulleiterin der Grundschule „Dr. Wilhelm Schmidt“ aus Wegeleben (Landkreis Harz), berichtet, dass die „Medienklasse“ an ihrer Schule schon seit vielen Jahren durchgeführt wird. „Medienkompetenz ist enorm wichtig. Das Schulprojekt ist lebensnah und die Kinder interessieren sich auch dafür, wie Zeitung gemacht wird.“ Im vergangenen Schuljahr nahmen beinahe 10.000 Schülerinnen und Schüler

aus 251 Schulen aus ganz Sachsen-Anhalt an der „Medienklasse“-teil.

Eine von ihnen war Johanna Wilke vom Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium in Salzwedel. Beim projektinternen Schreibwettbewerb, in dem sich alle „Medienklasse“-Kinder einmal selbst als Journalisten probieren können, belegte die 14-Jährige den ersten Platz für ihre Reportage „Mehr als

nur eine Geburtshelferin“. „Unser Deutschlehrer meinte, wir sollen eine Reportage schreiben und mir fiel sofort die Freundin meiner Mutter ein, die Hebamme ist. Ich finde es voll wichtig, über so einen bedeutenden Beruf zu berichten“, so die Neuntklässlerin.

Die Jury, die aus Journalistinnen und Journalisten beider Zeitungen besteht, würdigte Johannas Reportage mit den Worten: „Johanna hat einfühlsam und zugleich informativ den Beruf der Hebamme beschrieben. Ein Text mit journalistischem Handwerk auf hohem Niveau.“

Lehrkräfte erhalten Hilfe

Ein zentraler Bestandteil des „Medienklasse“-Projektes ist die tatkräftige Unterstützung der Lehrkräfte. Mit ausführlichem Unterrichtsmaterial sind Lehrerinnen und Lehrer bestens ausgestattet, um den Medienkompetenz-Unterricht in Schulen aller Art und in allen Jahrgangsstufen durchzuführen.

Neu in diesem Schuljahr ist die Flexibilität für die Schulklassen. In den vorgegebenen Zeiträumen (siehe „Mitmachen“) können Lehrerinnen und Lehrer frei entscheiden, für wie viele Wochen sie ihre Klasse anmelden – möglich sind eine bis vier Wochen. In dieser Zeit werden Volksstimme und Mitteldeutsche Zeitung kostenlos bis in die Klassenräume geliefert oder sind auf digitalen Endgeräten wie Tablets abrufbar. Möglich machen das auch Sponsoren wie MHKW Rothensee und die Sparkasse Magdeburg sowie die Partner fjp>media, der Verein „Tierisch geborgen“ und der Landtag von Sachsen-Anhalt.

Kommentar



Mitmachen

In diesem Schuljahr gliedert sich die „Medienklasse“ in drei Projektphasen:

- vom 3. November bis zum 28. November 2025
- vom 16. Februar bis zum 13. März 2026
- vom 27. April bis zum 22. Mai 2026

Lehrkräfte bestimmen die Projektdauer individuell – von einer bis vier Wochen. Anmeldungen sind immer möglich.

Mehr Infos: www.medienklasse-mitteldeutschland.de

AR



„Junge Menschen müssen lernen, Inhalte kritisch zu hinterfragen.“

Jan Riedel (CDU) Bildungsminister
FOTO: DPA

Minister: Ja zu Sanierung für Giftgrube war korrekt

Sven Schulze weist in Landtagsdebatte Kritik an Landesbergamt zurück.

VON ALEXANDER WALTER

MAGDEBURG. Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) hat die vom Landesbergamt genehmigte Einkapselung des Giftmülls in der Grube Brüchau bei Kalbe/Milde gegen Kritik verteidigt. Zuvor hatte der Naturschutzbund Deutschland (BUND) am Dienstag angekündigt, gegen die Genehmigung der Sanierungsvariante zu klagen. Der Altmarkkreis Salzwedel und die Stadt Kalbe wollen den BUND unterstützen.

„Bei der Genehmigung der Sanierungsvariante für die Grube ging es allein um die Frage, ob das Verfahren alle bergrechtlichen Voraussetzungen erfüllt“, sagte Schulze



Sven Schulze.
FOTO: DPA

gestern bei einer von den Grünen beantragten Landtagsdebatte zum Thema.

Anzeige gegen Bergamt

Die Antwort habe eindeutig „Ja“ gelautet. „Die Behörde hatte dabei keinerlei Ermessensspielraum“, betonte der CDU-Politiker. Das Ministerium hat die Fachaufsicht über das Bergamt (LAGB). Auch neue, von den Grünen und einer Bürgerinitia-

tive vorgelegte Argumente änderten nichts an diesem Status quo. Dorothea Frederking (Grüne) hatte zuvor an ein Landtagsvotum aus dem Jahr 2020 erinnert. Nachdem Gutachten Lecks am Boden der Giftschlammgrube festgestellt hatten, sprach sich das Parlament damals einstimmig für die vollständige Beräumung der Grube aus – Experten sprechen von der Auskoffierung.

Ein zentrales Argument des Betreibers Neptune Energy gegen die Auskoffierung war danach, dass für 27.000 Tonnen besonders quecksilberhaltige Abfälle geeignete Entsorger fehlten. Das sei inzwischen aber widerlegt, sagte Frederking. „Das Unternehmen ‚Econ industries‘ hat angeboten, eine Anlage zur Abreicherung der Quecksilberschlämme zu bauen.“ Danach könne der Müll in eine Untertagedeponie gebracht werden. Frederking verwies zudem auf eine Strafanzeige der Bürgerinitiative „Saubere Umwelt und Energie Altmark“ gegen das Bergamt.

Die BI sieht EU-Vorgaben für die Endlagerung von Quecksilber durch die Genehmigung der Einkapselung verletzt. Statt das giftige Element mit Schwefel zu einem Sulfid umzuwandeln, plane der Betreiber lediglich, es mit Zement zu versetzen. Schulze sagte: Die EU-Quecksilberverordnung greife nach Ansicht der Fachbehörden für Brüchau nicht. Zum Angebot, das Quecksilber vor Ort abzureichern, ergänzte Schulze: Dem Bergamt lägen keine Belege dafür vor, dass Econ industries über eine solche Anlage verfüge – sie sei weder gebaut, noch genehmigt.

Land soll Großteil zahlen

Kritik am Vorgehen von Bergamt und Landesregierung kam indes auch von anderen Fraktionen. Julia Kleemann (SPD) forderte mehr Transparenz: „Alles, was schwammig bleibt oder sich hinter reines Verwaltungshandeln zurückzieht, ist nicht förderlich.“ Daniel Roi (AfD) sprach von ministeriellem

Landtag debattiert über Migration

AfD fordert eine Kehrtwende.

VON MICHAEL BOCK

MAGDEBURG. Der Landtag hat sich gestern auf Antrag der AfD in einer aktuellen Debatte („Zehn Jahre Grenzöffnung – zehn Jahre Kontrollverlust“) mit der Migrationspolitik befasst.

„Der bis heute bestehende, weitestgehend ungehemmte Zustrom verändert die gewachsenen Gemeinschaften, Dörfer, Städte – Sachsen-Anhalt, Deutschland und Europa – in einer historisch noch nie dagewesenen Schnelligkeit“, begründet die AfD ihren Antrag. Deutsche nähmen ihre angestammte Heimat mittlerweile als fremd wahr.

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Siegmund sagte, das Jahr 2025 werde als „negativer Wendepunkt in die deutsche Geschichte eingehen“. Damals habe die Bundesregierung unter Angela Merkel (CDU) beschlossen, „unsere Freiheit, unsere innere Sicherheit und unsere kulturelle Identität für eine Ideologie der offenen Grenzen zu opfern“. Es sei eine Kehrtwende in der Migrationspolitik erforderlich, sagte er und forderte: „abschieben, abschieben, abschieben.“

Zahlen gehen zurück

Innenministerin Tamara Zieschang (CDU) erklärte, die Asylzugangszahlen in Sachsen-Anhalt seien seit einigen Monaten rückläufig. Im Juni dieses Jahres seien sie sogar regelrecht eingebrochen – im Vergleich zum Vorjahresmonat um fast 60 Prozent. Parallel forciere das Land freiwillige Ausreisen und Abschiebungen. Deren Zahl sei im ersten Halbjahr 2025 um etwa ein Drittel gestiegen.

Derzeit würden in Sachsen-Anhalt 4.651 Ausreisepflichtige registriert. Das sei der niedrigste Wert seit Dezember 2014.

„Die Migrationswende ist bereits Realität, sie ist in vollem Gange“, betonte Zieschang. Trotzdem gebe es auch weiter viel Arbeit. Die Kontrolle der Außengrenzen, eine Konzentration auf wirklich Schutzbedürftige und konsequente Rückführungen seien zentrale Pfeiler einer funktionsfähigen Asylpolitik.

SPD-Politiker Rüdiger Erben betonte, direkt an die AfD gerichtet: „Sie bedienen Ängste und kochen darauf ihr vergiftetes politisches Süppchen. Guido Kosmehl unterstrich, die AfD halte sich mit Angstschüren über Wasser.“